

Gerda Munz

Dr. Gminderstrasse 16

72636 Frickenhausen

05.01.10

Herrn

Prof. Dr. theol. Dr. phil. Thomas Schirmmacher

Friedrichstrasse 38

53111 Bonn

Betreff: Menschenrechtsverletzungen bei Sorgerechtsentzügen in Deutschland

Sehr geehrter Herr Professor Schirmmacher,

aus Ihrer Homepage habe ich entnommen, dass Sie Sprecher für Menschenrechte der Weltweiten Evangelischen Allianz sind. Das ist auch der Grund meines Anschreibens an Sie. Dazu gehört auch Ihre Stellungnahme zum Heimunterricht. Dafür ein herzliches Dankeschön.

Nach einer kurzen Vorstellung meiner Person, werde ich Ihnen über meinen Werdegang berichten, der zu meiner Befassung mit dem Thema ungerechtfertigter Sorgerechtsentzüge geführt hat.

Ich bin gebürtige Schweizerin, verheiratet und wohne seit fast vierzig Jahren in Frickenhausen Baden-Württemberg. Wir haben zwei erwachsene Töchter und vier Enkelkinder. Meine Ausbildung zur Krankenschwester absolvierte ich in einem Diakonissenhaus, wo ich zum Glauben an Jesus Christus fand. In Frickenhausen fanden wir sehr schnell Anschluss bei der Evangelischen Kirchengemeinde und arbeiten seither ehrenamtlich in verschiedenen Kreisen mit. Nachdem unsere Töchter in der Ausbildung waren, absolvierte ich einen Wiedereingliederungskurs für Krankenschwestern und arbeitete anschließend als Gemeindecrankenschwester in Frickenhausen. 1993 erkrankte ich an einer Lyme-Borreliose, einer Infektion durch Zeckenstich. Leider konnte ich mich davon nie mehr erholen und musste 1998 berentet werden, da ich den Anforderungen im Beruf nicht mehr gewachsen war.

Auf Anraten unseres damaligen Pfarrers gründete ich eine Borreliose Selbsthilfegruppe. Bald darauf kam es zu einem bundesweiten Zusammenschluss der damals noch wenigen Borreliose Selbsthilfegruppen. Aus eigener Erfahrung, ein Jahr nach mir erkrankte unsere jüngere Tochter an einer Neuroborreliose und den Berichten der Betroffenen merkte ich sehr schnell, dass diese Erkrankung bei den Ärzten und Kliniken ein „rotes Tuch“ ist. In der Zwischenzeit hat sich herausgestellt, dass die Leitlinien zur

Diagnostik und Behandlung der Borreliose, die in Amerika von korrupten Ärzten, die mit Versicherungsgesellschaften liiert waren, erstellt und von Europa übernommen worden sind, wahrscheinlich ganz neu überarbeitet werden müssen. Die Entscheidung dazu wird in den nächsten Tagen gefällt werden.

Erst durch meine und die Erkrankung unserer Tochter und zusätzlich durch die Gespräche mit den vielen Betroffenen wurde mir bewusst, dass sich viele Ärzte ihren Patienten und Arztkollegen gegenüber so verhalten, als ob sie ihren Beruf losgelöst von jeglichen christlichen und ethischen Werten ausüben würden.

Obwohl bei guter Beobachtung eigentlich längst klar sein müsste, dass die Leitlinien in der Praxis versagen, werden diese mit aller Vehemenz und gegen den gesunden Menschenverstand verteidigt. Neueste Studien, die nicht ihrer Ansicht entsprechen werden einfach ignoriert.

Die Patienten werden mit Schimpfwörtern wie: Internetborreliose, Borreliose-Neurose statt Neuroborreliose, oder Modekrankheit aus Praxen und Kliniken geschickt und Arztkollegen auf Fortbildungen als Scharlatane verschrieen, falls sie sich solcher Patienten annehmen. Dem Arzt unserer Tochter wurde auf einer solchen Fortbildung der Bundes-Ärztammer ein Maulkorb verhängt. Er durfte nicht sagen, dass es unserer Tochter durch eine verlängerte Antibiotikum-Behandlung viel besser ging.

Vor fünf Jahren erhielt ich von einer Mutter aus Bamberg einen verzweiferten Anruf. Ihr war nach einer verlängerten, ärztlich verordneten Antibiotikum-Therapie bei ihrem neunjährigen Sohn das Sorgerecht entzogen worden. Über den genauen Vorgang sende ich Ihnen im Anhang einen Bericht, der in der Süddeutschen Zeitung erschien. In der Zwischenzeit erließ das OLG Bamberg einen Entscheid, der so verlogen ist, dass man nur noch entsetzt die Hände über dem Kopf zusammenschlagen kann und sich fragt, ob denn nun bis in die obersten Gerichtsinstanzen hinein die Lüge zur Wahrheit erklärt wird. Die eingereichte Verfassungsklage wurde ohne Nennung von Gründen zurück gewiesen.

Anfangs glaubten wir noch an eine Fehlentscheidung, bzw. einen Irrtum, den niemand zugeben will. Sehr bald mussten wir aber feststellen, dass dem nicht so ist, sondern, dass hier System dahinter steht. Anscheinend werden immer mehr Kinder ihren Eltern auf Verdacht auf Nimmerwiedersehen auf brutale Weise entrissen. Dazu gehören auch die Eltern, die ihre Kinder zu Hause unterrichten.

Wenn ich die Lage richtig einschätze, sind diese Inobhutnahmen primär nicht gegen Christen gerichtet. Sie haben meines Erachtens andere Gründe. Mit dem sogenannten Kindeswohl ist außerhalb des Elternhauses viel Geld zu verdienen. Ob der Staat selber ein Interesse hat, Kinder nach der neuesten Ideologie zu erziehen kann ich nicht beurteilen, ist aber wahrscheinlich. Auf jeden Fall sind die Jugendämter ohne jede Fachaufsicht und Kontrolle. In den allermeisten Fällen urteilen die Richter nach den Vorgaben der Jugendämter und selbst da wo sie das nicht tun, halten sich viele Jugendämter nicht an Gerichtsbeschlüsse. Vor einem Jahr gab der Petitionsausschuss des Europaparlaments ein Arbeitsdokument heraus, in dem das Bundesfamilienministerium dazu aufgefordert wird an alle Jugendämter klare Leitlinien und Anweisungen zu geben, die sie an ihre Verantwortung und an die Grundrechte der ihnen anvertrauen Eltern und Kinder erinnern. Das Dokument wurde wohl schubladisiert, geschehen ist bis jetzt nichts.

Sehr geehrter Herr Prof. Schirmmacher, ich bitte Sie höflich darum sich doch näher mit dem Thema Sorgerechtsentzüge zu befassen. Sie werden sehr schnell sehen, dass hier vieles im Argen liegt und Menschen- und Grundrechte von Eltern und Kindern permanent mit Füßen getreten werden.

Unter: HYPERLINK "http://www.karin-jaeckel-autorin.de/" <http://www.karin-jaeckel-autorin.de/> finden Sie einen hervorragenden Aufsatz mit einer Zusammenstellung der Hintergründe für die vielen Inobhutnahmen. Sie finden den Aufsatz unter der Rubrik: Aktuelles/Umfrage. Der Titel lautet: Kindesentziehung – Der familiäre Supergau, Zahlen, Fakten, Emotionen.

Mir ist bewusst, dass Sie sehr viele andere Verpflichtungen haben. Andererseits sind Ihnen als Sprecher der Menschenrechte der Weltweiten Evangelischen Allianz die Menschenrechte bestimmt sehr wichtig.

Kinder sind eine Gabe des Herrn und schon von daher kann es uns Christen nicht egal sein, wenn Jugendämter ganze Familien zerstören und Kinder und Eltern auf Dauer traumatisiert werden. Zudem ruft uns Psalm 82, 3 dazu auf: Schaffet Recht den Armen und der Waise und helft dem Elenden und Bedürftigen zum Recht.

Wir benötigen dringend die Hilfe einer größeren Organisation. Als normaler Bürger hat man keine Chance. Es gibt kaum ein Ministerium auf Bundes- und Länderebene, keine Menschenrechtsorganisation, die ich nicht angeschrieben habe. Meistens bekommt man keine Antwort, oder dann den Hinweis auf die Möglichkeit der Rechtsprechung, die aber nicht funktioniert. Diakonie und Caritas, die wir ebenfalls angeschrieben haben sind nicht willens Stellung zu beziehen. Sie fürchten wohl, dass ihnen die Jugendämter die Zuweisungen von Kindern und Jugendlichen in ihre eigenen Heime sperren könnten.

Bitte helfen Sie uns unter der Mitwirkung anderer Christen! Erheben Sie Ihre Stimme! Beten Sie mit uns um Weisheit für die richtige Vorgehensweise in diese familienzerstörende Zeit hinein und dafür, dass sich der Herr erbarmt, damit Eltern und Kinder nicht mehr ohne Notwendigkeit auseinandergerissen werden und unbehelligt Kinder im Schutz der Familie aufwachsen dürfen. Dafür danke ich Ihnen im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

Gerda Munz